

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 51.

Paderborn, 28. April

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Die deutsche Einheit.

Amtliches.

Deutschland. Berlin (Gerüchte; der Fürstenkongreß; Herr v. Beckersath); Stuttgart (Aufregung; Sitzung der Kammer; Ansprache des Königs); Frankfurt (Reichsversammlung; Herr v.adowig); Danzig (die dänischen Kriegsschiffe).

Der Krieg in Schleswig-Holstein (blutiges Treffen; Niederlage der Dänen; Lra Lehmann gefangen).

Der ungarische Krieg (Ausbruch des kaiserl. Lagers; Sieg der Ungarn zwischen Gran und Waigen).

Frankreich. Paris (Nachrichten aus Italien; der Prinz v. Joinville). Einige Worte über die sog. Verkoppelung.

Die Deutsche Einheit.

Die zweite Kammer in Berlin hat sich dem Ausspruche der ganzen Nation angeschlossen. Die wahre Nation erkennt überall Frankfurt an. Wo sie sprechen konnte, hat sie es gethan. In Hannover und München weiß man, daß sie es thun würde und deshalb wagt man es nicht, die Kammern einzuberufen. Diese Furcht spricht am lauteften. Die zweite Kammer in Berlin hat erklärt: „daß sie die von der Deutschen National-Versammlung vollendete Verfassung, so wie sie nach zweimaliger Lesung beschloffen worden, als rechtsgültig anerkennt und die Ueberzeugung hegt, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgesehenen Wege zulässig ist.“ Dieser Satz ist mit einer Majorität angenommen worden, welche in dieser Kammer nicht oft vorgekommen ist. Die anderen Paragraphen des Robbertus'schen Antrags sind allerdings verworfen worden, aber sie waren nur negativ. Sie enthalten nur ein Mißtrauen gegen die Politik der Regierung. Der angenommene Paragraph war das einzige Positive des Antrags und dies ist die Hauptsache. Die Rechte wollte ohne Weiteres Alles beseitigen und fiel glänzend durch. Die Majorität für den Antrag wäre noch größer gewesen, wenn die äußerste Linke nicht dagegen gestimmt hätte. Die äußerste Rechte und die äußerste Linke im schönsten Bunde! Aber allerdings ist damit noch wenig entschieden. Der Kern der Verhandlung lag in der Erklärung des Ministeriums; nicht in den Worten des Ministers des Auswärtigen, welcher sich nur verlaßen ließ und zu seinen andern Eigenschaften auch die der Unfähigkeit dokumentirte, sondern in der des Ministerpräsidenten. Das hat freilich keine Bedeutung, wenn wir ein wirklich konstitutionelles Land wären. Die Abstimmung hätte die Erklärung getödtet, indem sie das Ministerium tödtete. Aber wir sind so weit noch nicht. Das Ministerium bleibt doch, es führt doch seine Politik weiter aus, denn die Anarchie, welche früher von der Strafe nach oben gewendet war, drückt jetzt von oben nach unten. Die Letztere ist aber schlimmer als die erstere, denn diese war unter dem Beifall aller Gutgesinnten zu besiegen, die andere wirft die Gutgesinnten selbst in's Ungewisse und beraubt den Staat seines besten Haltes. Die Erklärung des Ministerpräsidenten drängt sich in Ein Wort zusammen, das er selbst dreimal wiederholt hat! Allerdings sind Phrasen genug darum gehüllt, aber richtig sagt der Dritte; „Der Fordernde hört von alledem nur das Nein.“ Und wenn es Nein wäre! Man würde Achtung wenigstens vor der Kraft haben, wenn man sie auch hassen müßte. Aber es ist kein offenes Nein, sondern nur ein Nein, das aus ganzem Herzen kommt, aber auf der Lippe sich in einen verstellten Traum verkleidet. Was sagt der Minister? „Die Verfassung bedarf der Anerkennung der Regierungen.“ Aber die Reichsversammlung ist als eine konstituierende anerkannt worden; sie bedarf nicht dieser Genehmigung der Regierung, sondern weil die Regierungen sich jetzt stark fühlen, setzen sie diese Bedingung. Im vorigen Jahre wäre jener Einwand niemals erhoben worden. „Die Regierung hat Aenderungen vorgeschlagen, leider! sind sie nicht angenommen worden.“ Der Grund lag gerade in der Zögerung der

Regierungen. Hätten sie rasch zugegriffen, es wäre anders gekommen. Weil die Regierungen zweifelhaft waren, sah sich die Versammlung gezwungen, energisch selbst durchzugreifen. „Die Regierung hatte gehofft, alle Regierungen zum Beitritt zu bewegen, weil dies nicht möglich, denkt sie nicht mehr an den engeren Bundesstaat.“ Aber an den Anschluß aller Regierungen ist nie zu denken gewesen, hat man nie in Berlin gedacht. In Berlin selbst ist es ausgesprochen worden, daß man bereit sei, mit denen zusammen zu gehen, welche freiwillig sich anschließen wollten und acht und zwanzig Staaten haben sich bereit erklärt. Der Grund der Ablehnung hat also keinen Sinn und es wird nur um so klarer, daß man überhaupt nicht will, oder sich nicht getraut. Beides aber ist gleich traurig. Der Minister sagt zwar, der öffentlichen Meinung dürfe man sich nicht Preis geben. „Das seien nur die wilden Elemente, die das Schiff bekämpfen müßte.“ Die öffentliche Meinung, ja, wenn darunter bloß die Aufwallung eines Tages verstanden wird. Aber das Verlangen nach der Einheit Deutschlands ist mehr als das, es liegt im öffentlichen Bewußtsein. Und dagegen kämpft kein Schiff an und wäre es von geschickteren Offizieren geleitet, als die H. Brandenburg-Manteuffel sind. Das öffentliche Bewußtsein ist eine starke, geregelte Strömung und ein geschickter Schiffsführer freut sich, um sie einzulenken und mit ihr zu fahren, denn sie erspart ihm den halben Weg und die halbe Arbeit. Nur der Ungeschickte weiß sie nicht zu finden oder versucht ihr zu trozen. Der Minister-Präsident sagt: „er wolle das Schiff nicht herrenlos der Strömung überlassen, niemals, niemals, niemals!“ Darin liegt gerade seine Verurtheilung. Er spricht sich das Urtheil, indem er erklärt, wenn er in der Strömung gehe, sei das Schiff herrenlos. Aber das braucht es nicht zu sein, das ist es nicht, wenn der Führer Geist und Kraft hat. Die Regierung glaubt, wenn sie mit dem Volk gehe, sei sie ehrlos abgesetzt. Die wahre Staatskunst besteht aber darin, mit dem Volke zu gehen und auf dieser Strömung das Staatsschiff richtig zu lenken. Die Regierung steht die Kunst des Regierens nur darin, gegen das Volk zu gehen, außerhalb desselben sich durch materielle Gewalt zu halten. Das ist auch ein Kunststück, aber sein Werth dauert nur einen Augenblick. Es ist keine Weisheit, denn das Wohl des Volkes wird dadurch nicht auf die Dauer besetzt. Es reicht nicht aus, leider! zu sagen. Leider! ist immer ein Ausdruck der Schwäche. Der rechte Staatsmann kommt nicht in die Lage, einen solchen Ausruf zu gebrauchen. Er beherrscht die Verhältnisse und läßt sich nicht von ihnen hinreißen. Der rechte Staatsmann greift kühn in die Speichen des Weltrades, der große Friedrich hat es gethan und hätte es jetzt wieder gethan. Aber unsere Regierung fürchtete, dabei zerschmettert zu werden und sagt: leider! Was nun? Das Band ist wieder einmal zerrissen, das Haus wieder einmal zerfallen und wieder einmal müssen wir fragen: „wer weiß, was Gott gewollt?“ Mit tiefer Niedergeschlagenheit müssen wir es fragen, aber ihr nicht erliegen. Wir tragen selbst noch einen zu großen Theil der Schuld. Was uns nach langer Frist geboten worden, wir haben es durch eigenes Säumen verschertzt. Aber das Geschick ist zu groß, als daß es nicht wieder anknüpfen sollte. Und es wird wieder kehren und es werden ihm dann die Thore desto weiter geöffnet werden, trotz Allen, die sich noch weigern, die Einigkeit wird desto größer sein, denn die Schule, die wir durchgemacht haben, war eine bittere, sie hat tiefe Lehren zurückgelassen und man wird sie zu benutzen wissen.

A. 3.

Amtliches.

Frankfurt, 23. April. Die heute ausgegebene Nr. 14 des „Reichsgesetzblattes“ enthält folgende Verordnung, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Munitionsgegenständen, Pferden und Schiffsbauholz nach Danemark; vom 22. April 1849: „Der Reichsverweiser, auf den Vortrag der Reichsminister des Krieges und des Handels, verordnet wie folgt: §. 1. Für die Dauer des gegen-